

VERSORGUNGSEINRICHTUNG

der Bezirksärztekammer Trier

- Körperschaft des öffentlichen Rechts -



Trier, im Dezember 2015

Jahresrundschriften

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

wenn man die Ereignisse des ablaufenden Jahres Revue passieren lässt, kann man den Eindruck gewinnen, dass die Welt in Teilen aus den Fugen geraten ist. Dies trifft zumindest für den Mittelmeerraum, den Nahen Osten und Teile Afrikas, aber auch für die Ukraine zu.

Hinterhältige Terrorakte des „Islamischen Staats“ erschüttern Frankreich, Papst Franziskus spricht von einem „Dritten Weltkrieg“.

Deutschland wird zum Ende des ablaufenden Jahres 2015 wohl mehr als 1 Million neue Einwohner aufweisen. Es sind Einwohner, die wir - zumindest in dieser Anzahl - so nicht erwartet haben. Wir verstehen aber in der Mehrheit, dass es der erwähnte Terror ist, vor dem sie aus ihrem Heimatland fliehen.

Deutschland befindet sich aktuell und wohl noch auf längere Zeit in einer Situation, die als deutlich größere Herausforderung angesehen werden muss, als die der Deutschen Einheit nach 1989.

Es stellt sich eine schier unendliche Reihe von Fragen: wer kommt, woher, aus welchen Gründen, in welcher Zahl, mit welcher Schul- und Ausbildung, mit welchem kulturellen und sozialen Hintergrund, mit welchen Vorstellungen, Absichten und Erwartungen, mit welchen Fähigkeiten, mit welcher Bereitschaft, sich auf Deutschland und seine Kultur einzulassen. Eins ist sicher, Deutschland als Land und Staat muss sich all diesen Fragen offen und ehrlich stellen und versuchen, sie zu lösen.

Europa hat der Zerstörung der teils grausamen und totalitären Regime weitgehend tatenlos zugesehen oder sie sogar militärisch unterstützt. Niemand hat die Geschichte bemüht und darüber nachgedacht, dass die destabilisierten Staaten keine ethnologisch einheitlichen Wurzeln in der mittelfernen Vergangenheit haben. Sie konnten daher nur in einzelne Völker- und Stammesgruppen zerfallen, deren Feindschaften untereinander teils Jahrhunderte zurück reichen und deren staatliche Vereinigung überwiegend nur mit brutaler Gewalt möglich war.

Terror und Instabilität machten sich breit, bereiteten dem „Islamischen Staat“ den Weg und die Flüchtlingswelle begann. Wir waren betroffen über die Bilder aus dem Mittelmeer, aus Lampedusa in Italien, aus den Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon und der Türkei und den Bildern aus Syrien und dem Irak. Europa sah wie gelähmt zu, ohne wirklich zu handeln. Auch auf die Hilferufe aus Italien, das diesem Flüchtlingsanfall nicht dauerhaft gewachsen war, erfolgte keine konsequente Reaktion der EU. Italien handelte schließlich und setzte die Flüchtlinge einfach in Züge und Busse, die eine Weiterreise ermöglichten.

Viel wertvolle Zeit wurde verloren. Zeit zu Handeln. Es wird aber zunächst wieder, bleibt zu befürchten, ein militärisches Handeln der westlichen Ordnungsmächte in den Herkunftsländern sein, das aber keine der vorhandenen Probleme nachhaltig lösen kann, wie wir überdeutlich in Afghanistan sehen. Die Lösung kann nur in einem konsequenten, langfristig angelegten Vorgehen gegen Armut, Unwissenheit sowie Bildungsferne in den betroffenen Ländern bestehen und in einer konsequenten Ächtung der scheinheiligen Regime, die mit der einen Hand mit uns Handel treiben und Geschäfte machen und mit der anderen Hand den Terrorismus unterstützen und finanzieren.

In Deutschland müssen wir rasch diejenigen identifizieren, die aus nicht asylberechtigten Ländern kommen und sie zurückführen. Wir müssen für eine Begrenzung des Flüchtlingsstroms sorgen, was aber nur in den Herkunftsländern und in deren Anrainerstaaten geht.

Das „Wie“ geht nur in enger Zusammenarbeit aller Staaten auf Augenhöhe und wird Europa finanziell zumindest ebenso belasten wie zuvor die Griechenlandkrise.

Die Integration derjenigen, die nach Prüfung bleiben dürfen, wird die eigentliche Kraftanstrengung sein, für die es keine Blaupause gibt. Wir betreten teilweise völliges Neuland. Eines steht meines Erachtens nur fest: wir müssen lernen, unsere neuen Mitbürger zu verstehen. Wir dürfen nicht den Fehler machen, ihre Werte zu missachten und zu versuchen, ihnen unsere Kultur einfach überzustülpen. Es wird leider mindestens eine ganze Generation dauern, bis eine solche Integration umgesetzt ist, will sie erfolgreich sein. Gelingt es, liegt hier eine große Chance für Deutschland, einen Teil seiner demographischen Probleme zu lösen; eine wichtige Voraussetzung für die Einhaltung des Generationenvertrags und die Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Deutschland in seiner heutigen erfolgreichen Form.

Finanz- und Wirtschaftspolitik:

Trotz der geschilderten Probleme steht Deutschland (noch?) wirtschaftlich und finanziell blendend da. Die Beschäftigungszahlen laufen beständig weiter in einen Bereich, der als Vollbeschäftigung anzusehen ist. Die Wirtschaft sucht in Teilen händeringend nach Fachkräften, 40.000 Lehrstellen blieben im letzten Jahr unbesetzt.

In Deutschland und in den westlichen Industrienationen geht die Aktienhausse in das siebte Jahr. Die Niedrigzinspolitik wird weltweit ungebremst fortgesetzt, die weltweite Geldmenge wurde und wird immer noch aufgebläht wie noch nie. Beides fördert erfahrungsgemäß Blasenbildungen, zum Beispiel im Bereich der Immobilien.

Wirtschaftsjahr 2014 aus Sicht der Versorgungseinrichtung:

2014 hat das Versorgungswerk in Trier erneut ein wirtschaftlich gutes Jahr hinter sich gebracht und den Rechnungszins von 3,25% wiederum - vermutlich deutlich - übertroffen, wenn bis zum Jahresende finanz- oder wirtschaftspolitisch keine außergewöhnlich negativen Ereignisse eintreten sollten.

Das gute Jahr 2014 mit einem Nettoergebnis der Kapitalanlagen von 4,97% versetzte uns erneut in die Lage, mit Beschluss der Hauptversammlung im Juni 2015, die Anwartschaften um 1,75% und die Renten um 1,25% zu dynamisieren. Die für uns zuständige neue Aufsicht im Wirtschaftsministerium in Mainz hat mittlerweile dieser Dynamisierung zugestimmt. Der nach Satzung mögliche Weg einer gesplitteten Dynamisierung von Anwartschaften und Renten wurde von der Hauptversammlung beschritten, da im Rahmen der Erhöhung des Regelrentenalters von 65 auf 67 Jahre von der Gruppe der Rentner kein finanzieller Beitrag geleistet wurde/ werden konnte; der Anteil der Bestandsrentner lag damals bei einem Viertel des Gesamtaufwands von 64 Mio. €.

Es wird das Ziel der Hauptversammlung sein, den Aspekt der Beitragsgerechtigkeit gegen den Gedanken der Solidarität sorgsam abzuwägen, weshalb mit jedem Jahr zukünftige gesplittete Dynamisierungen aus den vorgenannten Gründen sehr viel unwahrscheinlicher werden. Bei gut aufgefüllter Zinsschwankungsreserve, gut angesparter Sicherheitsreserve, weiter erhöhter Biometrierücklage und nennenswertem Gewinnvortrag sehen wir auch zukünftige Dynamisierungen im Bereich des Möglichen und uns für etwaige Rückschläge in der Zukunft gut gerüstet.

Dass diese Rückschläge kommen könnten, ist für jeden realistischen Betrachter unzweifelhaft. Die augenblickliche Aktienhausse wird nicht unendlich andauern, gravierende negative finanz- und wirtschaftspolitische Ereignisse können sich auf alle Anlageklassen auswirken und trotz aller ergriffenen Maßnahmen im Risikomanagement und Risikocontrolling zukünftig sogar zu negativen Jahresergebnissen, also auch zu Verlusten führen.

Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang das zum 01.07.2015 für Deutschland verabschiedete und ab dem 01.01.2016 auch für die ganze EU gültige „Abwicklungsmechanismusgesetz“. Es sieht vor, dass zukünftig auch schon bei einer sogenannten Präinsolvenz, also bei einer eventuell drohenden Insolvenz die Investoren, also die Gläubiger einer Bank, zum Ausgleich von wirtschaftlichen/finanziellen Verlusten herangezogen werden sollen. Nach zuverlässigen Recherchen

ist vorgesehen, hierbei in erster Linie die institutionellen Investoren, also auch Versorgungswerke, Pensionskassen und Versicherungen heranzuziehen und dann erst die Anteilseigner, also Besitzer von Aktien.

Der langfristig angelegte und von der Anlageverordnung ausdrücklich geforderte Kauf von Schuldscheindarlehen und/oder Namensschuldverschreibungen von Banken durch Institutionelle Anleger mutiert durch diese Maßnahme zu einem der unkalkulierbarsten Risiken im Sicherungsvermögen. Vor 10 Jahren mit einem Rating von AA oder sogar AAA gekaufte Papiere haben u.U. mittlerweile annähernd Ramschstatus. Die einfache Aufspaltung einer Bank in eine Goodbank und eine Badbank macht es so bereits Ländern wie Österreich möglich, das teilweise unverantwortliche Fehlverhalten von Banken den Investoren anzulasten, die den Banken Geld in der Annahme geliehen hatten, das anvertraute Geld der eigenen Versicherten mit staatlicher Billigung, Förderung und sogar staatlicher Garantie „sicher“ anzulegen.

Bericht aus der Verwaltung:

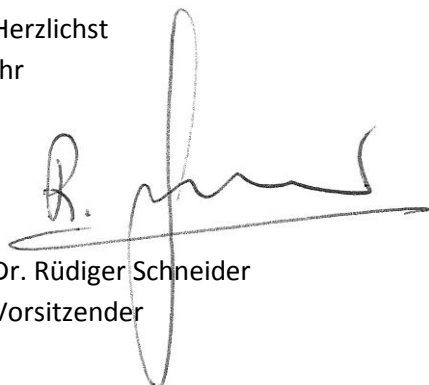
Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung gestaltete sich auch im ablaufenden Jahr sehr gut. Das Ausmaß der Arbeit, besonders im Kapitalanlagebereich, nimmt jedoch ständig zu, sodass sich der Verwaltungsrat dafür ausgesprochen hat, die Position des freiberuflichen Finanzberaters der Versorgungseinrichtung zukünftig durch einen festangestellten Mitarbeiter mit der Funktion eines „Leiters der Kapitalanlagen“ zu besetzen. Wir hoffen, damit auch unter Risikomanagement-Gesichtspunkten deutlich besser und flexibler aufgestellt zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle möchte ich Sie erneut sehr herzlich - auch im Namen unseres Kammerpräsidenten Herrn Dr. Günther Matheis - zu unserem Jahresempfang einladen, der am **Freitag, 22. Januar 2016, 17.30 Uhr, im Ärztehaus Trier** stattfinden wird.

Ich wünsche uns allen, dass uns das kommende Jahr vor Terrorakten verschonen und sich als wiederum wirtschaftlich erfolgreich erweisen wird.

Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches und zufriedenes Jahr 2016.

Herzlichst
Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Schneider', written over a horizontal line. The signature is fluid and cursive.

Dr. Rüdiger Schneider
Vorsitzender